

LEADER eine Erfolgsgeschichte mit ungewisser Zukunft

In Deutschland wird LEADER fast flächendeckend zur ländlichen Entwicklung umgesetzt. Der Bottom-up-Ansatz ermöglicht es, Lösungen für lokale Herausforderungen gemeinsam mit der Bevölkerung vor Ort zu entwickeln und umzusetzen. Als europäisches Förderprogramm ist LEADER direkt in den Regionen präsent und basiert auf bürgerschaftlich getragenen Beteiligungsstrukturen. Angesichts aktueller Herausforderungen und Krisen gewinnt LEADER weiter an Bedeutung.

Der Kommissionsvorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) nach 2027

- sieht eine Auflösung der bisher bekannten Fondsstruktur in der EU-Förderung mit dem Ziel der Vereinfachung vor,
- stärkt die Entscheidungshoheit der nationalen Ebene durch Einführung der Nationalen Regionalen Partnerschaftspläne (NRPP) und stellt damit gemeinsame Europäische Ziele in den Hintergrund,
- enthält auch mit der zwischenzeitlich vorgeschlagenen Ergänzung eines „Rural Target“ im NRPP keine verbindliche finanzielle Aussage zur sektorübergreifenden ländlichen Entwicklung und LEADER,
- erschwert mit der Verortung von LEADER/CLLD im NRPP und zugleich als Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik die Umsetzung von LEADER statt sie zu vereinfachen,
- lässt die besondere Bedeutung der ländlichen Räume unerwähnt,
- schlägt die Absenkung der EU-Beteiligung an der Förderung auf 40% vor und gefährdet dadurch die Fortführung der Arbeit mit dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse,
- gefährdet den überaus erfolgreichen Bottom-up-Ansatz durch die Beschneidung der Kompetenzen der Lokalen Aktionsgruppen (LAG).

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen in Deutschland fordert die Bundestagsabgeordneten und die Bundesregierung auf,

1. sich für EU-weite Mindestvorgaben zur Mittelverwendung für LEADER im Rahmen des MFR nach 2027 einzusetzen,
2. die Beibehaltung eines EU-Kofinanzierungssatzes in Höhe von 80% der öffentlichen Ausgaben bei LEADER einzufordern,
3. sicherzustellen, dass LEADER weiterhin ganzheitliche, gebietsbezogene Strategien unterstützt und nicht auf land- und forstwirtschaftliche Einzelmaßnahmen verengt wird,
4. die umfassende Rolle der Lokalen Aktionsgruppen als lokale Entscheidungsgremien mit demokratischer Kultur zu stärken,
5. auf nationaler Ebene LEADER als wichtigen Teil der EU-Förderung im nationalen-regionalen Partnerschaftsplan (NRPP) für Deutschland zu verankern,
6. bei der Erarbeitung des NRPP unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) den von der Kommission geforderten partizipativen Ansatz und eine intensive Einbeziehung aller an der ländlichen Entwicklung beteiligten Partner zu gewährleisten.

LEADER eine Erfolgsgeschichte mit ungewisser Zukunft

In Deutschland wird LEADER fast flächendeckend zur ländlichen Entwicklung umgesetzt. Der Bottom-up-Ansatz ermöglicht es, Lösungen für lokale Herausforderungen gemeinsam mit der Bevölkerung vor Ort zu entwickeln und umzusetzen. Als europäisches Förderprogramm ist LEADER direkt in den Regionen präsent und basiert auf bürgerschaftlich getragenen Beteiligungsstrukturen. Angesichts aktueller Herausforderungen und Krisen gewinnt LEADER weiter an Bedeutung.

Der Kommissionsvorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) nach 2027

- sieht eine Auflösung der bisher bekannten Fondsstruktur in der EU-Förderung mit dem Ziel der Vereinfachung vor,
- stärkt die Entscheidungshoheit der nationalen Ebene durch Einführung der Nationalen Regionalen Partnerschaftspläne (NRPP) und stellt damit gemeinsame Europäische Ziele in den Hintergrund,
- enthält auch mit der zwischenzeitlich vorgeschlagenen Ergänzung eines „Rural Target“ im NRPP keine verbindliche finanzielle Aussage zur sektorübergreifenden ländlichen Entwicklung und LEADER,
- erschwert mit der Verortung von LEADER/CLLD im NRPP und zugleich als Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik die Umsetzung von LEADER statt sie zu vereinfachen,
- lässt die besondere Bedeutung der ländlichen Räume unerwähnt,
- schlägt die Absenkung der EU-Beteiligung an der Förderung auf 40% vor und gefährdet dadurch die Fortführung der Arbeit mit dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse,
- gefährdet den überaus erfolgreichen Bottom-up-Ansatz durch die Beschneidung der Kompetenzen der Lokalen Aktionsgruppen (LAG).

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen in Deutschland fordert die Bundestagsabgeordneten und die Bundesregierung auf,

1. sich für EU-weite Mindestvorgaben zur Mittelverwendung für LEADER im Rahmen des MFR nach 2027 einzusetzen,
2. die Beibehaltung eines EU-Kofinanzierungssatzes in Höhe von 80% der öffentlichen Ausgaben bei LEADER einzufordern,
3. sicherzustellen, dass LEADER weiterhin ganzheitliche, gebietsbezogene Strategien unterstützt und nicht auf land- und forstwirtschaftliche Einzelmaßnahmen verengt wird,
4. die umfassende Rolle der Lokalen Aktionsgruppen als lokale Entscheidungsgremien mit demokratischer Kultur zu stärken,
5. auf nationaler Ebene LEADER als wichtigen Teil der EU-Förderung im nationalen-regionalen Partnerschaftsplan (NRPP) für Deutschland zu verankern,
6. bei der Erarbeitung des NRPP unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) den von der Kommission geforderten partizipativen Ansatz und eine intensive Einbeziehung aller an der ländlichen Entwicklung beteiligten Partner zu gewährleisten.

LEADER eine Erfolgsgeschichte mit ungewisser Zukunft

In Deutschland wird LEADER fast flächendeckend zur ländlichen Entwicklung umgesetzt. Der Bottom-up-Ansatz ermöglicht es, Lösungen für lokale Herausforderungen gemeinsam mit der Bevölkerung vor Ort zu entwickeln und umzusetzen. Als europäisches Förderprogramm ist LEADER direkt in den Regionen präsent und basiert auf bürgerschaftlich getragenen Beteiligungsstrukturen. Angesichts aktueller Herausforderungen und Krisen gewinnt LEADER weiter an Bedeutung.

Der Kommissionsvorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) nach 2027

- sieht eine Auflösung der bisher bekannten Fondsstruktur in der EU-Förderung mit dem Ziel der Vereinfachung vor,
- stärkt die Entscheidungshoheit der nationalen Ebene durch Einführung der Nationalen Regionalen Partnerschaftspläne (NRPP) und stellt damit gemeinsame Europäische Ziele in den Hintergrund,
- enthält auch mit der zwischenzeitlich vorgeschlagenen Ergänzung eines „Rural Target“ im NRPP keine verbindliche finanzielle Aussage zur sektorübergreifenden ländlichen Entwicklung und LEADER,
- erschwert mit der Verortung von LEADER/CLLD im NRPP und zugleich als Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik die Umsetzung von LEADER statt sie zu vereinfachen,
- lässt die besondere Bedeutung der ländlichen Räume unerwähnt,
- schlägt die Absenkung der EU-Beteiligung an der Förderung auf 40% vor und gefährdet dadurch die Fortführung der Arbeit mit dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse,
- gefährdet den überaus erfolgreichen Bottom-up-Ansatz durch die Beschneidung der Kompetenzen der Lokalen Aktionsgruppen (LAG).

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen in Deutschland fordert die Bundestagsabgeordneten und die Bundesregierung auf,

1. sich für EU-weite Mindestvorgaben zur Mittelverwendung für LEADER im Rahmen des MFR nach 2027 einzusetzen,
2. die Beibehaltung eines EU-Kofinanzierungssatzes in Höhe von 80% der öffentlichen Ausgaben bei LEADER einzufordern,
3. sicherzustellen, dass LEADER weiterhin ganzheitliche, gebietsbezogene Strategien unterstützt und nicht auf land- und forstwirtschaftliche Einzelmaßnahmen verengt wird,
4. die umfassende Rolle der Lokalen Aktionsgruppen als lokale Entscheidungsgremien mit demokratischer Kultur zu stärken,
5. auf nationaler Ebene LEADER als wichtigen Teil der EU-Förderung im nationalen-regionalen Partnerschaftsplan (NRPP) für Deutschland zu verankern,
6. bei der Erarbeitung des NRPP unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) den von der Kommission geforderten partizipativen Ansatz und eine intensive Einbeziehung aller an der ländlichen Entwicklung beteiligten Partner zu gewährleisten.

LEADER eine Erfolgsgeschichte mit ungewisser Zukunft

In Deutschland wird LEADER fast flächendeckend zur ländlichen Entwicklung umgesetzt. Der Bottom-up-Ansatz ermöglicht es, Lösungen für lokale Herausforderungen gemeinsam mit der Bevölkerung vor Ort zu entwickeln und umzusetzen. Als europäisches Förderprogramm ist LEADER direkt in den Regionen präsent und basiert auf bürgerschaftlich getragenen Beteiligungsstrukturen. Angesichts aktueller Herausforderungen und Krisen gewinnt LEADER weiter an Bedeutung.

Der Kommissionsvorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) nach 2027

- sieht eine Auflösung der bisher bekannten Fondsstruktur in der EU-Förderung mit dem Ziel der Vereinfachung vor,
- stärkt die Entscheidungshoheit der nationalen Ebene durch Einführung der Nationalen Regionalen Partnerschaftspläne (NRPP) und stellt damit gemeinsame Europäische Ziele in den Hintergrund,
- enthält auch mit der zwischenzeitlich vorgeschlagenen Ergänzung eines „Rural Target“ im NRPP keine verbindliche finanzielle Aussage zur sektorübergreifenden ländlichen Entwicklung und LEADER,
- erschwert mit der Verortung von LEADER/CLLD im NRPP und zugleich als Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik die Umsetzung von LEADER statt sie zu vereinfachen,
- lässt die besondere Bedeutung der ländlichen Räume unerwähnt,
- schlägt die Absenkung der EU-Beteiligung an der Förderung auf 40% vor und gefährdet dadurch die Fortführung der Arbeit mit dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse,
- gefährdet den überaus erfolgreichen Bottom-up-Ansatz durch die Beschneidung der Kompetenzen der Lokalen Aktionsgruppen (LAG).

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen in Deutschland fordert die Bundestagsabgeordneten und die Bundesregierung auf,

1. sich für EU-weite Mindestvorgaben zur Mittelverwendung für LEADER im Rahmen des MFR nach 2027 einzusetzen,
2. die Beibehaltung eines EU-Kofinanzierungssatzes in Höhe von 80% der öffentlichen Ausgaben bei LEADER einzufordern,
3. sicherzustellen, dass LEADER weiterhin ganzheitliche, gebietsbezogene Strategien unterstützt und nicht auf land- und forstwirtschaftliche Einzelmaßnahmen verengt wird,
4. die umfassende Rolle der Lokalen Aktionsgruppen als lokale Entscheidungsgremien mit demokratischer Kultur zu stärken,
5. auf nationaler Ebene LEADER als wichtigen Teil der EU-Förderung im nationalen-regionalen Partnerschaftsplan (NRPP) für Deutschland zu verankern,
6. bei der Erarbeitung des NRPP unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) den von der Kommission geforderten partizipativen Ansatz und eine intensive Einbeziehung aller an der ländlichen Entwicklung beteiligten Partner zu gewährleisten.

LEADER eine Erfolgsgeschichte mit ungewisser Zukunft

In Deutschland wird LEADER fast flächendeckend zur ländlichen Entwicklung umgesetzt. Der Bottom-up-Ansatz ermöglicht es, Lösungen für lokale Herausforderungen gemeinsam mit der Bevölkerung vor Ort zu entwickeln und umzusetzen. Als europäisches Förderprogramm ist LEADER direkt in den Regionen präsent und basiert auf bürgerschaftlich getragenen Beteiligungsstrukturen. Angesichts aktueller Herausforderungen und Krisen gewinnt LEADER weiter an Bedeutung.

Der Kommissionsvorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) nach 2027

- sieht eine Auflösung der bisher bekannten Fondsstruktur in der EU-Förderung mit dem Ziel der Vereinfachung vor,
- stärkt die Entscheidungshoheit der nationalen Ebene durch Einführung der Nationalen Regionalen Partnerschaftspläne (NRPP) und stellt damit gemeinsame Europäische Ziele in den Hintergrund,
- enthält auch mit der zwischenzeitlich vorgeschlagenen Ergänzung eines „Rural Target“ im NRPP keine verbindliche finanzielle Aussage zur sektorübergreifenden ländlichen Entwicklung und LEADER,
- erschwert mit der Verortung von LEADER/CLLD im NRPP und zugleich als Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik die Umsetzung von LEADER statt sie zu vereinfachen,
- lässt die besondere Bedeutung der ländlichen Räume unerwähnt,
- schlägt die Absenkung der EU-Beteiligung an der Förderung auf 40% vor und gefährdet dadurch die Fortführung der Arbeit mit dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse,
- gefährdet den überaus erfolgreichen Bottom-up-Ansatz durch die Beschneidung der Kompetenzen der Lokalen Aktionsgruppen (LAG).

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen in Deutschland fordert die Bundestagsabgeordneten und die Bundesregierung auf,

1. sich für EU-weite Mindestvorgaben zur Mittelverwendung für LEADER im Rahmen des MFR nach 2027 einzusetzen,
2. die Beibehaltung eines EU-Kofinanzierungssatzes in Höhe von 80% der öffentlichen Ausgaben bei LEADER einzufordern,
3. sicherzustellen, dass LEADER weiterhin ganzheitliche, gebietsbezogene Strategien unterstützt und nicht auf land- und forstwirtschaftliche Einzelmaßnahmen verengt wird,
4. die umfassende Rolle der Lokalen Aktionsgruppen als lokale Entscheidungsgremien mit demokratischer Kultur zu stärken,
5. auf nationaler Ebene LEADER als wichtigen Teil der EU-Förderung im nationalen-regionalen Partnerschaftsplan (NRPP) für Deutschland zu verankern,
6. bei der Erarbeitung des NRPP unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) den von der Kommission geforderten partizipativen Ansatz und eine intensive Einbeziehung aller an der ländlichen Entwicklung beteiligten Partner zu gewährleisten.

LEADER eine Erfolgsgeschichte mit ungewisser Zukunft

In Deutschland wird LEADER fast flächendeckend zur ländlichen Entwicklung umgesetzt. Der Bottom-up-Ansatz ermöglicht es, Lösungen für lokale Herausforderungen gemeinsam mit der Bevölkerung vor Ort zu entwickeln und umzusetzen. Als europäisches Förderprogramm ist LEADER direkt in den Regionen präsent und basiert auf bürgerschaftlich getragenen Beteiligungsstrukturen. Angesichts aktueller Herausforderungen und Krisen gewinnt LEADER weiter an Bedeutung.

Der Kommissionsvorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) nach 2027

- sieht eine Auflösung der bisher bekannten Fondsstruktur in der EU-Förderung mit dem Ziel der Vereinfachung vor,
- stärkt die Entscheidungshoheit der nationalen Ebene durch Einführung der Nationalen Regionalen Partnerschaftspläne (NRPP) und stellt damit gemeinsame Europäische Ziele in den Hintergrund,
- enthält auch mit der zwischenzeitlich vorgeschlagenen Ergänzung eines „Rural Target“ im NRPP keine verbindliche finanzielle Aussage zur sektorübergreifenden ländlichen Entwicklung und LEADER,
- erschwert mit der Verortung von LEADER/CLLD im NRPP und zugleich als Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik die Umsetzung von LEADER statt sie zu vereinfachen,
- lässt die besondere Bedeutung der ländlichen Räume unerwähnt,
- schlägt die Absenkung der EU-Beteiligung an der Förderung auf 40% vor und gefährdet dadurch die Fortführung der Arbeit mit dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse,
- gefährdet den überaus erfolgreichen Bottom-up-Ansatz durch die Beschneidung der Kompetenzen der Lokalen Aktionsgruppen (LAG).

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen in Deutschland fordert die Bundestagsabgeordneten und die Bundesregierung auf,

1. sich für EU-weite Mindestvorgaben zur Mittelverwendung für LEADER im Rahmen des MFR nach 2027 einzusetzen,
2. die Beibehaltung eines EU-Kofinanzierungssatzes in Höhe von 80% der öffentlichen Ausgaben bei LEADER einzufordern,
3. sicherzustellen, dass LEADER weiterhin ganzheitliche, gebietsbezogene Strategien unterstützt und nicht auf land- und forstwirtschaftliche Einzelmaßnahmen verengt wird,
4. die umfassende Rolle der Lokalen Aktionsgruppen als lokale Entscheidungsgremien mit demokratischer Kultur zu stärken,
5. auf nationaler Ebene LEADER als wichtigen Teil der EU-Förderung im nationalen-regionalen Partnerschaftsplan (NRPP) für Deutschland zu verankern,
6. bei der Erarbeitung des NRPP unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) den von der Kommission geforderten partizipativen Ansatz und eine intensive Einbeziehung aller an der ländlichen Entwicklung beteiligten Partner zu gewährleisten.

LEADER eine Erfolgsgeschichte mit ungewisser Zukunft

In Deutschland wird LEADER fast flächendeckend zur ländlichen Entwicklung umgesetzt. Der Bottom-up-Ansatz ermöglicht es, Lösungen für lokale Herausforderungen gemeinsam mit der Bevölkerung vor Ort zu entwickeln und umzusetzen. Als europäisches Förderprogramm ist LEADER direkt in den Regionen präsent und basiert auf bürgerschaftlich getragenen Beteiligungsstrukturen. Angesichts aktueller Herausforderungen und Krisen gewinnt LEADER weiter an Bedeutung.

Der Kommissionsvorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) nach 2027

- sieht eine Auflösung der bisher bekannten Fondsstruktur in der EU-Förderung mit dem Ziel der Vereinfachung vor,
- stärkt die Entscheidungshoheit der nationalen Ebene durch Einführung der Nationalen Regionalen Partnerschaftspläne (NRPP) und stellt damit gemeinsame Europäische Ziele in den Hintergrund,
- enthält auch mit der zwischenzeitlich vorgeschlagenen Ergänzung eines „Rural Target“ im NRPP keine verbindliche finanzielle Aussage zur sektorübergreifenden ländlichen Entwicklung und LEADER,
- erschwert mit der Verortung von LEADER/CLLD im NRPP und zugleich als Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik die Umsetzung von LEADER statt sie zu vereinfachen,
- lässt die besondere Bedeutung der ländlichen Räume unerwähnt,
- schlägt die Absenkung der EU-Beteiligung an der Förderung auf 40% vor und gefährdet dadurch die Fortführung der Arbeit mit dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse,
- gefährdet den überaus erfolgreichen Bottom-up-Ansatz durch die Beschneidung der Kompetenzen der Lokalen Aktionsgruppen (LAG).

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen in Deutschland fordert die Bundestagsabgeordneten und die Bundesregierung auf,

1. sich für EU-weite Mindestvorgaben zur Mittelverwendung für LEADER im Rahmen des MFR nach 2027 einzusetzen,
2. die Beibehaltung eines EU-Kofinanzierungssatzes in Höhe von 80% der öffentlichen Ausgaben bei LEADER einzufordern,
3. sicherzustellen, dass LEADER weiterhin ganzheitliche, gebietsbezogene Strategien unterstützt und nicht auf land- und forstwirtschaftliche Einzelmaßnahmen verengt wird,
4. die umfassende Rolle der Lokalen Aktionsgruppen als lokale Entscheidungsgremien mit demokratischer Kultur zu stärken,
5. auf nationaler Ebene LEADER als wichtigen Teil der EU-Förderung im nationalen-regionalen Partnerschaftsplan (NRPP) für Deutschland zu verankern,
6. bei der Erarbeitung des NRPP unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) den von der Kommission geforderten partizipativen Ansatz und eine intensive Einbeziehung aller an der ländlichen Entwicklung beteiligten Partner zu gewährleisten.

LEADER eine Erfolgsgeschichte mit ungewisser Zukunft

In Deutschland wird LEADER fast flächendeckend zur ländlichen Entwicklung umgesetzt. Der Bottom-up-Ansatz ermöglicht es, Lösungen für lokale Herausforderungen gemeinsam mit der Bevölkerung vor Ort zu entwickeln und umzusetzen. Als europäisches Förderprogramm ist LEADER direkt in den Regionen präsent und basiert auf bürgerschaftlich getragenen Beteiligungsstrukturen. Angesichts aktueller Herausforderungen und Krisen gewinnt LEADER weiter an Bedeutung.

Der Kommissionsvorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) nach 2027

- sieht eine Auflösung der bisher bekannten Fondsstruktur in der EU-Förderung mit dem Ziel der Vereinfachung vor,
- stärkt die Entscheidungshoheit der nationalen Ebene durch Einführung der Nationalen Regionalen Partnerschaftspläne (NRPP) und stellt damit gemeinsame Europäische Ziele in den Hintergrund,
- enthält auch mit der zwischenzeitlich vorgeschlagenen Ergänzung eines „Rural Target“ im NRPP keine verbindliche finanzielle Aussage zur sektorübergreifenden ländlichen Entwicklung und LEADER,
- erschwert mit der Verortung von LEADER/CLLD im NRPP und zugleich als Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik die Umsetzung von LEADER statt sie zu vereinfachen,
- lässt die besondere Bedeutung der ländlichen Räume unerwähnt,
- schlägt die Absenkung der EU-Beteiligung an der Förderung auf 40% vor und gefährdet dadurch die Fortführung der Arbeit mit dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse,
- gefährdet den überaus erfolgreichen Bottom-up-Ansatz durch die Beschneidung der Kompetenzen der Lokalen Aktionsgruppen (LAG).

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen in Deutschland fordert die Bundestagsabgeordneten und die Bundesregierung auf,

1. sich für EU-weite Mindestvorgaben zur Mittelverwendung für LEADER im Rahmen des MFR nach 2027 einzusetzen,
2. die Beibehaltung eines EU-Kofinanzierungssatzes in Höhe von 80% der öffentlichen Ausgaben bei LEADER einzufordern,
3. sicherzustellen, dass LEADER weiterhin ganzheitliche, gebietsbezogene Strategien unterstützt und nicht auf land- und forstwirtschaftliche Einzelmaßnahmen verengt wird,
4. die umfassende Rolle der Lokalen Aktionsgruppen als lokale Entscheidungsgremien mit demokratischer Kultur zu stärken,
5. auf nationaler Ebene LEADER als wichtigen Teil der EU-Förderung im nationalen-regionalen Partnerschaftsplan (NRPP) für Deutschland zu verankern,
6. bei der Erarbeitung des NRPP unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) den von der Kommission geforderten partizipativen Ansatz und eine intensive Einbeziehung aller an der ländlichen Entwicklung beteiligten Partner zu gewährleisten.

LEADER eine Erfolgsgeschichte mit ungewisser Zukunft

In Deutschland wird LEADER fast flächendeckend zur ländlichen Entwicklung umgesetzt. Der Bottom-up-Ansatz ermöglicht es, Lösungen für lokale Herausforderungen gemeinsam mit der Bevölkerung vor Ort zu entwickeln und umzusetzen. Als europäisches Förderprogramm ist LEADER direkt in den Regionen präsent und basiert auf bürgerschaftlich getragenen Beteiligungsstrukturen. Angesichts aktueller Herausforderungen und Krisen gewinnt LEADER weiter an Bedeutung.

Der Kommissionsvorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) nach 2027

- sieht eine Auflösung der bisher bekannten Fondsstruktur in der EU-Förderung mit dem Ziel der Vereinfachung vor,
- stärkt die Entscheidungshoheit der nationalen Ebene durch Einführung der Nationalen Regionalen Partnerschaftspläne (NRPP) und stellt damit gemeinsame Europäische Ziele in den Hintergrund,
- enthält auch mit der zwischenzeitlich vorgeschlagenen Ergänzung eines „Rural Target“ im NRPP keine verbindliche finanzielle Aussage zur sektorübergreifenden ländlichen Entwicklung und LEADER,
- erschwert mit der Verortung von LEADER/CLLD im NRPP und zugleich als Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik die Umsetzung von LEADER statt sie zu vereinfachen,
- lässt die besondere Bedeutung der ländlichen Räume unerwähnt,
- schlägt die Absenkung der EU-Beteiligung an der Förderung auf 40% vor und gefährdet dadurch die Fortführung der Arbeit mit dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse,
- gefährdet den überaus erfolgreichen Bottom-up-Ansatz durch die Beschneidung der Kompetenzen der Lokalen Aktionsgruppen (LAG).

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen in Deutschland fordert die Bundestagsabgeordneten und die Bundesregierung auf,

1. sich für EU-weite Mindestvorgaben zur Mittelverwendung für LEADER im Rahmen des MFR nach 2027 einzusetzen,
2. die Beibehaltung eines EU-Kofinanzierungssatzes in Höhe von 80% der öffentlichen Ausgaben bei LEADER einzufordern,
3. sicherzustellen, dass LEADER weiterhin ganzheitliche, gebietsbezogene Strategien unterstützt und nicht auf land- und forstwirtschaftliche Einzelmaßnahmen verengt wird,
4. die umfassende Rolle der Lokalen Aktionsgruppen als lokale Entscheidungsgremien mit demokratischer Kultur zu stärken,
5. auf nationaler Ebene LEADER als wichtigen Teil der EU-Förderung im nationalen-regionalen Partnerschaftsplan (NRPP) für Deutschland zu verankern,
6. bei der Erarbeitung des NRPP unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) den von der Kommission geforderten partizipativen Ansatz und eine intensive Einbeziehung aller an der ländlichen Entwicklung beteiligten Partner zu gewährleisten.

LEADER eine Erfolgsgeschichte mit ungewisser Zukunft

In Deutschland wird LEADER fast flächendeckend zur ländlichen Entwicklung umgesetzt. Der Bottom-up-Ansatz ermöglicht es, Lösungen für lokale Herausforderungen gemeinsam mit der Bevölkerung vor Ort zu entwickeln und umzusetzen. Als europäisches Förderprogramm ist LEADER direkt in den Regionen präsent und basiert auf bürgerschaftlich getragenen Beteiligungsstrukturen. Angesichts aktueller Herausforderungen und Krisen gewinnt LEADER weiter an Bedeutung.

Der Kommissionsvorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) nach 2027

- sieht eine Auflösung der bisher bekannten Fondsstruktur in der EU-Förderung mit dem Ziel der Vereinfachung vor,
- stärkt die Entscheidungshoheit der nationalen Ebene durch Einführung der Nationalen Regionalen Partnerschaftspläne (NRPP) und stellt damit gemeinsame Europäische Ziele in den Hintergrund,
- enthält auch mit der zwischenzeitlich vorgeschlagenen Ergänzung eines „Rural Target“ im NRPP keine verbindliche finanzielle Aussage zur sektorübergreifenden ländlichen Entwicklung und LEADER,
- erschwert mit der Verortung von LEADER/CLLD im NRPP und zugleich als Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik die Umsetzung von LEADER statt sie zu vereinfachen,
- lässt die besondere Bedeutung der ländlichen Räume unerwähnt,
- schlägt die Absenkung der EU-Beteiligung an der Förderung auf 40% vor und gefährdet dadurch die Fortführung der Arbeit mit dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse,
- gefährdet den überaus erfolgreichen Bottom-up-Ansatz durch die Beschneidung der Kompetenzen der Lokalen Aktionsgruppen (LAG).

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen in Deutschland fordert die Bundestagsabgeordneten und die Bundesregierung auf,

1. sich für EU-weite Mindestvorgaben zur Mittelverwendung für LEADER im Rahmen des MFR nach 2027 einzusetzen,
2. die Beibehaltung eines EU-Kofinanzierungssatzes in Höhe von 80% der öffentlichen Ausgaben bei LEADER einzufordern,
3. sicherzustellen, dass LEADER weiterhin ganzheitliche, gebietsbezogene Strategien unterstützt und nicht auf land- und forstwirtschaftliche Einzelmaßnahmen verengt wird,
4. die umfassende Rolle der Lokalen Aktionsgruppen als lokale Entscheidungsgremien mit demokratischer Kultur zu stärken,
5. auf nationaler Ebene LEADER als wichtigen Teil der EU-Förderung im nationalen-regionalen Partnerschaftsplan (NRPP) für Deutschland zu verankern,
6. bei der Erarbeitung des NRPP unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) den von der Kommission geforderten partizipativen Ansatz und eine intensive Einbeziehung aller an der ländlichen Entwicklung beteiligten Partner zu gewährleisten.

LEADER eine Erfolgsgeschichte mit ungewisser Zukunft

In Deutschland wird LEADER fast flächendeckend zur ländlichen Entwicklung umgesetzt. Der Bottom-up-Ansatz ermöglicht es, Lösungen für lokale Herausforderungen gemeinsam mit der Bevölkerung vor Ort zu entwickeln und umzusetzen. Als europäisches Förderprogramm ist LEADER direkt in den Regionen präsent und basiert auf bürgerschaftlich getragenen Beteiligungsstrukturen. Angesichts aktueller Herausforderungen und Krisen gewinnt LEADER weiter an Bedeutung.

Der Kommissionsvorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) nach 2027

- sieht eine Auflösung der bisher bekannten Fondsstruktur in der EU-Förderung mit dem Ziel der Vereinfachung vor,
- stärkt die Entscheidungshoheit der nationalen Ebene durch Einführung der Nationalen Regionalen Partnerschaftspläne (NRPP) und stellt damit gemeinsame Europäische Ziele in den Hintergrund,
- enthält auch mit der zwischenzeitlich vorgeschlagenen Ergänzung eines „Rural Target“ im NRPP keine verbindliche finanzielle Aussage zur sektorübergreifenden ländlichen Entwicklung und LEADER,
- erschwert mit der Verortung von LEADER/CLLD im NRPP und zugleich als Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik die Umsetzung von LEADER statt sie zu vereinfachen,
- lässt die besondere Bedeutung der ländlichen Räume unerwähnt,
- schlägt die Absenkung der EU-Beteiligung an der Förderung auf 40% vor und gefährdet dadurch die Fortführung der Arbeit mit dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse,
- gefährdet den überaus erfolgreichen Bottom-up-Ansatz durch die Beschneidung der Kompetenzen der Lokalen Aktionsgruppen (LAG).

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen in Deutschland fordert die Bundestagsabgeordneten und die Bundesregierung auf,

1. sich für EU-weite Mindestvorgaben zur Mittelverwendung für LEADER im Rahmen des MFR nach 2027 einzusetzen,
2. die Beibehaltung eines EU-Kofinanzierungssatzes in Höhe von 80% der öffentlichen Ausgaben bei LEADER einzufordern,
3. sicherzustellen, dass LEADER weiterhin ganzheitliche, gebietsbezogene Strategien unterstützt und nicht auf land- und forstwirtschaftliche Einzelmaßnahmen verengt wird,
4. die umfassende Rolle der Lokalen Aktionsgruppen als lokale Entscheidungsgremien mit demokratischer Kultur zu stärken,
5. auf nationaler Ebene LEADER als wichtigen Teil der EU-Förderung im nationalen-regionalen Partnerschaftsplan (NRPP) für Deutschland zu verankern,
6. bei der Erarbeitung des NRPP unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) den von der Kommission geforderten partizipativen Ansatz und eine intensive Einbeziehung aller an der ländlichen Entwicklung beteiligten Partner zu gewährleisten.

LEADER eine Erfolgsgeschichte mit ungewisser Zukunft

In Deutschland wird LEADER fast flächendeckend zur ländlichen Entwicklung umgesetzt. Der Bottom-up-Ansatz ermöglicht es, Lösungen für lokale Herausforderungen gemeinsam mit der Bevölkerung vor Ort zu entwickeln und umzusetzen. Als europäisches Förderprogramm ist LEADER direkt in den Regionen präsent und basiert auf bürgerschaftlich getragenen Beteiligungsstrukturen. Angesichts aktueller Herausforderungen und Krisen gewinnt LEADER weiter an Bedeutung.

Der Kommissionsvorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) nach 2027

- sieht eine Auflösung der bisher bekannten Fondsstruktur in der EU-Förderung mit dem Ziel der Vereinfachung vor,
- stärkt die Entscheidungshoheit der nationalen Ebene durch Einführung der Nationalen Regionalen Partnerschaftspläne (NRPP) und stellt damit gemeinsame Europäische Ziele in den Hintergrund,
- enthält auch mit der zwischenzeitlich vorgeschlagenen Ergänzung eines „Rural Target“ im NRPP keine verbindliche finanzielle Aussage zur sektorübergreifenden ländlichen Entwicklung und LEADER,
- erschwert mit der Verortung von LEADER/CLLD im NRPP und zugleich als Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik die Umsetzung von LEADER statt sie zu vereinfachen,
- lässt die besondere Bedeutung der ländlichen Räume unerwähnt,
- schlägt die Absenkung der EU-Beteiligung an der Förderung auf 40% vor und gefährdet dadurch die Fortführung der Arbeit mit dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse,
- gefährdet den überaus erfolgreichen Bottom-up-Ansatz durch die Beschneidung der Kompetenzen der Lokalen Aktionsgruppen (LAG).

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen in Deutschland fordert die Bundestagsabgeordneten und die Bundesregierung auf,

1. sich für EU-weite Mindestvorgaben zur Mittelverwendung für LEADER im Rahmen des MFR nach 2027 einzusetzen,
2. die Beibehaltung eines EU-Kofinanzierungssatzes in Höhe von 80% der öffentlichen Ausgaben bei LEADER einzufordern,
3. sicherzustellen, dass LEADER weiterhin ganzheitliche, gebietsbezogene Strategien unterstützt und nicht auf land- und forstwirtschaftliche Einzelmaßnahmen verengt wird,
4. die umfassende Rolle der Lokalen Aktionsgruppen als lokale Entscheidungsgremien mit demokratischer Kultur zu stärken,
5. auf nationaler Ebene LEADER als wichtigen Teil der EU-Förderung im nationalen-regionalen Partnerschaftsplan (NRPP) für Deutschland zu verankern,
6. bei der Erarbeitung des NRPP unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) den von der Kommission geforderten partizipativen Ansatz und eine intensive Einbeziehung aller an der ländlichen Entwicklung beteiligten Partner zu gewährleisten.

LEADER eine Erfolgsgeschichte mit ungewisser Zukunft

In Deutschland wird LEADER fast flächendeckend zur ländlichen Entwicklung umgesetzt. Der Bottom-up-Ansatz ermöglicht es, Lösungen für lokale Herausforderungen gemeinsam mit der Bevölkerung vor Ort zu entwickeln und umzusetzen. Als europäisches Förderprogramm ist LEADER direkt in den Regionen präsent und basiert auf bürgerschaftlich getragenen Beteiligungsstrukturen. Angesichts aktueller Herausforderungen und Krisen gewinnt LEADER weiter an Bedeutung.

Der Kommissionsvorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) nach 2027

- sieht eine Auflösung der bisher bekannten Fondsstruktur in der EU-Förderung mit dem Ziel der Vereinfachung vor,
- stärkt die Entscheidungshoheit der nationalen Ebene durch Einführung der Nationalen Regionalen Partnerschaftspläne (NRPP) und stellt damit gemeinsame Europäische Ziele in den Hintergrund,
- enthält auch mit der zwischenzeitlich vorgeschlagenen Ergänzung eines „Rural Target“ im NRPP keine verbindliche finanzielle Aussage zur sektorübergreifenden ländlichen Entwicklung und LEADER,
- erschwert mit der Verortung von LEADER/CLLD im NRPP und zugleich als Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik die Umsetzung von LEADER statt sie zu vereinfachen,
- lässt die besondere Bedeutung der ländlichen Räume unerwähnt,
- schlägt die Absenkung der EU-Beteiligung an der Förderung auf 40% vor und gefährdet dadurch die Fortführung der Arbeit mit dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse,
- gefährdet den überaus erfolgreichen Bottom-up-Ansatz durch die Beschneidung der Kompetenzen der Lokalen Aktionsgruppen (LAG).

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen in Deutschland fordert die Bundestagsabgeordneten und die Bundesregierung auf,

1. sich für EU-weite Mindestvorgaben zur Mittelverwendung für LEADER im Rahmen des MFR nach 2027 einzusetzen,
2. die Beibehaltung eines EU-Kofinanzierungssatzes in Höhe von 80% der öffentlichen Ausgaben bei LEADER einzufordern,
3. sicherzustellen, dass LEADER weiterhin ganzheitliche, gebietsbezogene Strategien unterstützt und nicht auf land- und forstwirtschaftliche Einzelmaßnahmen verengt wird,
4. die umfassende Rolle der Lokalen Aktionsgruppen als lokale Entscheidungsgremien mit demokratischer Kultur zu stärken,
5. auf nationaler Ebene LEADER als wichtigen Teil der EU-Förderung im nationalen-regionalen Partnerschaftsplan (NRPP) für Deutschland zu verankern,
6. bei der Erarbeitung des NRPP unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) den von der Kommission geforderten partizipativen Ansatz und eine intensive Einbeziehung aller an der ländlichen Entwicklung beteiligten Partner zu gewährleisten.

LEADER eine Erfolgsgeschichte mit ungewisser Zukunft

In Deutschland wird LEADER fast flächendeckend zur ländlichen Entwicklung umgesetzt. Der Bottom-up-Ansatz ermöglicht es, Lösungen für lokale Herausforderungen gemeinsam mit der Bevölkerung vor Ort zu entwickeln und umzusetzen. Als europäisches Förderprogramm ist LEADER direkt in den Regionen präsent und basiert auf bürgerschaftlich getragenen Beteiligungsstrukturen. Angesichts aktueller Herausforderungen und Krisen gewinnt LEADER weiter an Bedeutung.

Der Kommissionsvorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) nach 2027

- sieht eine Auflösung der bisher bekannten Fondsstruktur in der EU-Förderung mit dem Ziel der Vereinfachung vor,
- stärkt die Entscheidungshoheit der nationalen Ebene durch Einführung der Nationalen Regionalen Partnerschaftspläne (NRPP) und stellt damit gemeinsame Europäische Ziele in den Hintergrund,
- enthält auch mit der zwischenzeitlich vorgeschlagenen Ergänzung eines „Rural Target“ im NRPP keine verbindliche finanzielle Aussage zur sektorübergreifenden ländlichen Entwicklung und LEADER,
- erschwert mit der Verortung von LEADER/CLLD im NRPP und zugleich als Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik die Umsetzung von LEADER statt sie zu vereinfachen,
- lässt die besondere Bedeutung der ländlichen Räume unerwähnt,
- schlägt die Absenkung der EU-Beteiligung an der Förderung auf 40% vor und gefährdet dadurch die Fortführung der Arbeit mit dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse,
- gefährdet den überaus erfolgreichen Bottom-up-Ansatz durch die Beschneidung der Kompetenzen der Lokalen Aktionsgruppen (LAG).

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen in Deutschland fordert die Bundestagsabgeordneten und die Bundesregierung auf,

1. sich für EU-weite Mindestvorgaben zur Mittelverwendung für LEADER im Rahmen des MFR nach 2027 einzusetzen,
2. die Beibehaltung eines EU-Kofinanzierungssatzes in Höhe von 80% der öffentlichen Ausgaben bei LEADER einzufordern,
3. sicherzustellen, dass LEADER weiterhin ganzheitliche, gebietsbezogene Strategien unterstützt und nicht auf land- und forstwirtschaftliche Einzelmaßnahmen verengt wird,
4. die umfassende Rolle der Lokalen Aktionsgruppen als lokale Entscheidungsgremien mit demokratischer Kultur zu stärken,
5. auf nationaler Ebene LEADER als wichtigen Teil der EU-Förderung im nationalen-regionalen Partnerschaftsplan (NRPP) für Deutschland zu verankern,
6. bei der Erarbeitung des NRPP unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) den von der Kommission geforderten partizipativen Ansatz und eine intensive Einbeziehung aller an der ländlichen Entwicklung beteiligten Partner zu gewährleisten.

LEADER eine Erfolgsgeschichte mit ungewisser Zukunft

In Deutschland wird LEADER fast flächendeckend zur ländlichen Entwicklung umgesetzt. Der Bottom-up-Ansatz ermöglicht es, Lösungen für lokale Herausforderungen gemeinsam mit der Bevölkerung vor Ort zu entwickeln und umzusetzen. Als europäisches Förderprogramm ist LEADER direkt in den Regionen präsent und basiert auf bürgerschaftlich getragenen Beteiligungsstrukturen. Angesichts aktueller Herausforderungen und Krisen gewinnt LEADER weiter an Bedeutung.

Der Kommissionsvorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) nach 2027

- sieht eine Auflösung der bisher bekannten Fondsstruktur in der EU-Förderung mit dem Ziel der Vereinfachung vor,
- stärkt die Entscheidungshoheit der nationalen Ebene durch Einführung der Nationalen Regionalen Partnerschaftspläne (NRPP) und stellt damit gemeinsame Europäische Ziele in den Hintergrund,
- enthält auch mit der zwischenzeitlich vorgeschlagenen Ergänzung eines „Rural Target“ im NRPP keine verbindliche finanzielle Aussage zur sektorübergreifenden ländlichen Entwicklung und LEADER,
- erschwert mit der Verortung von LEADER/CLLD im NRPP und zugleich als Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik die Umsetzung von LEADER statt sie zu vereinfachen,
- lässt die besondere Bedeutung der ländlichen Räume unerwähnt,
- schlägt die Absenkung der EU-Beteiligung an der Förderung auf 40% vor und gefährdet dadurch die Fortführung der Arbeit mit dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse,
- gefährdet den überaus erfolgreichen Bottom-up-Ansatz durch die Beschneidung der Kompetenzen der Lokalen Aktionsgruppen (LAG).

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen in Deutschland fordert die Bundestagsabgeordneten und die Bundesregierung auf,

1. sich für EU-weite Mindestvorgaben zur Mittelverwendung für LEADER im Rahmen des MFR nach 2027 einzusetzen,
2. die Beibehaltung eines EU-Kofinanzierungssatzes in Höhe von 80% der öffentlichen Ausgaben bei LEADER einzufordern,
3. sicherzustellen, dass LEADER weiterhin ganzheitliche, gebietsbezogene Strategien unterstützt und nicht auf land- und forstwirtschaftliche Einzelmaßnahmen verengt wird,
4. die umfassende Rolle der Lokalen Aktionsgruppen als lokale Entscheidungsgremien mit demokratischer Kultur zu stärken,
5. auf nationaler Ebene LEADER als wichtigen Teil der EU-Förderung im nationalen-regionalen Partnerschaftsplan (NRPP) für Deutschland zu verankern,
6. bei der Erarbeitung des NRPP unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) den von der Kommission geforderten partizipativen Ansatz und eine intensive Einbeziehung aller an der ländlichen Entwicklung beteiligten Partner zu gewährleisten.

LEADER eine Erfolgsgeschichte mit ungewisser Zukunft

In Deutschland wird LEADER fast flächendeckend zur ländlichen Entwicklung umgesetzt. Der Bottom-up-Ansatz ermöglicht es, Lösungen für lokale Herausforderungen gemeinsam mit der Bevölkerung vor Ort zu entwickeln und umzusetzen. Als europäisches Förderprogramm ist LEADER direkt in den Regionen präsent und basiert auf bürgerschaftlich getragenen Beteiligungsstrukturen. Angesichts aktueller Herausforderungen und Krisen gewinnt LEADER weiter an Bedeutung.

Der Kommissionsvorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) nach 2027

- sieht eine Auflösung der bisher bekannten Fondsstruktur in der EU-Förderung mit dem Ziel der Vereinfachung vor,
- stärkt die Entscheidungshoheit der nationalen Ebene durch Einführung der Nationalen Regionalen Partnerschaftspläne (NRPP) und stellt damit gemeinsame Europäische Ziele in den Hintergrund,
- enthält auch mit der zwischenzeitlich vorgeschlagenen Ergänzung eines „Rural Target“ im NRPP keine verbindliche finanzielle Aussage zur sektorübergreifenden ländlichen Entwicklung und LEADER,
- erschwert mit der Verortung von LEADER/CLLD im NRPP und zugleich als Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik die Umsetzung von LEADER statt sie zu vereinfachen,
- lässt die besondere Bedeutung der ländlichen Räume unerwähnt,
- schlägt die Absenkung der EU-Beteiligung an der Förderung auf 40% vor und gefährdet dadurch die Fortführung der Arbeit mit dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse,
- gefährdet den überaus erfolgreichen Bottom-up-Ansatz durch die Beschneidung der Kompetenzen der Lokalen Aktionsgruppen (LAG).

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen in Deutschland fordert die Bundestagsabgeordneten und die Bundesregierung auf,

1. sich für EU-weite Mindestvorgaben zur Mittelverwendung für LEADER im Rahmen des MFR nach 2027 einzusetzen,
2. die Beibehaltung eines EU-Kofinanzierungssatzes in Höhe von 80% der öffentlichen Ausgaben bei LEADER einzufordern,
3. sicherzustellen, dass LEADER weiterhin ganzheitliche, gebietsbezogene Strategien unterstützt und nicht auf land- und forstwirtschaftliche Einzelmaßnahmen verengt wird,
4. die umfassende Rolle der Lokalen Aktionsgruppen als lokale Entscheidungsgremien mit demokratischer Kultur zu stärken,
5. auf nationaler Ebene LEADER als wichtigen Teil der EU-Förderung im nationalen-regionalen Partnerschaftsplan (NRPP) für Deutschland zu verankern,
6. bei der Erarbeitung des NRPP unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) den von der Kommission geforderten partizipativen Ansatz und eine intensive Einbeziehung aller an der ländlichen Entwicklung beteiligten Partner zu gewährleisten.

LEADER eine Erfolgsgeschichte mit ungewisser Zukunft

In Deutschland wird LEADER fast flächendeckend zur ländlichen Entwicklung umgesetzt. Der Bottom-up-Ansatz ermöglicht es, Lösungen für lokale Herausforderungen gemeinsam mit der Bevölkerung vor Ort zu entwickeln und umzusetzen. Als europäisches Förderprogramm ist LEADER direkt in den Regionen präsent und basiert auf bürgerschaftlich getragenen Beteiligungsstrukturen. Angesichts aktueller Herausforderungen und Krisen gewinnt LEADER weiter an Bedeutung.

Der Kommissionsvorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) nach 2027

- sieht eine Auflösung der bisher bekannten Fondsstruktur in der EU-Förderung mit dem Ziel der Vereinfachung vor,
- stärkt die Entscheidungshoheit der nationalen Ebene durch Einführung der Nationalen Regionalen Partnerschaftspläne (NRPP) und stellt damit gemeinsame Europäische Ziele in den Hintergrund,
- enthält auch mit der zwischenzeitlich vorgeschlagenen Ergänzung eines „Rural Target“ im NRPP keine verbindliche finanzielle Aussage zur sektorübergreifenden ländlichen Entwicklung und LEADER,
- erschwert mit der Verortung von LEADER/CLLD im NRPP und zugleich als Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik die Umsetzung von LEADER statt sie zu vereinfachen,
- lässt die besondere Bedeutung der ländlichen Räume unerwähnt,
- schlägt die Absenkung der EU-Beteiligung an der Förderung auf 40% vor und gefährdet dadurch die Fortführung der Arbeit mit dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse,
- gefährdet den überaus erfolgreichen Bottom-up-Ansatz durch die Beschneidung der Kompetenzen der Lokalen Aktionsgruppen (LAG).

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen in Deutschland fordert die Bundestagsabgeordneten und die Bundesregierung auf,

1. sich für EU-weite Mindestvorgaben zur Mittelverwendung für LEADER im Rahmen des MFR nach 2027 einzusetzen,
2. die Beibehaltung eines EU-Kofinanzierungssatzes in Höhe von 80% der öffentlichen Ausgaben bei LEADER einzufordern,
3. sicherzustellen, dass LEADER weiterhin ganzheitliche, gebietsbezogene Strategien unterstützt und nicht auf land- und forstwirtschaftliche Einzelmaßnahmen verengt wird,
4. die umfassende Rolle der Lokalen Aktionsgruppen als lokale Entscheidungsgremien mit demokratischer Kultur zu stärken,
5. auf nationaler Ebene LEADER als wichtigen Teil der EU-Förderung im nationalen-regionalen Partnerschaftsplan (NRPP) für Deutschland zu verankern,
6. bei der Erarbeitung des NRPP unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) den von der Kommission geforderten partizipativen Ansatz und eine intensive Einbeziehung aller an der ländlichen Entwicklung beteiligten Partner zu gewährleisten.

LEADER eine Erfolgsgeschichte mit ungewisser Zukunft

In Deutschland wird LEADER fast flächendeckend zur ländlichen Entwicklung umgesetzt. Der Bottom-up-Ansatz ermöglicht es, Lösungen für lokale Herausforderungen gemeinsam mit der Bevölkerung vor Ort zu entwickeln und umzusetzen. Als europäisches Förderprogramm ist LEADER direkt in den Regionen präsent und basiert auf bürgerschaftlich getragenen Beteiligungsstrukturen. Angesichts aktueller Herausforderungen und Krisen gewinnt LEADER weiter an Bedeutung.

Der Kommissionsvorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) nach 2027

- sieht eine Auflösung der bisher bekannten Fondsstruktur in der EU-Förderung mit dem Ziel der Vereinfachung vor,
- stärkt die Entscheidungshoheit der nationalen Ebene durch Einführung der Nationalen Regionalen Partnerschaftspläne (NRPP) und stellt damit gemeinsame Europäische Ziele in den Hintergrund,
- enthält auch mit der zwischenzeitlich vorgeschlagenen Ergänzung eines „Rural Target“ im NRPP keine verbindliche finanzielle Aussage zur sektorübergreifenden ländlichen Entwicklung und LEADER,
- erschwert mit der Verortung von LEADER/CLLD im NRPP und zugleich als Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik die Umsetzung von LEADER statt sie zu vereinfachen,
- lässt die besondere Bedeutung der ländlichen Räume unerwähnt,
- schlägt die Absenkung der EU-Beteiligung an der Förderung auf 40% vor und gefährdet dadurch die Fortführung der Arbeit mit dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse,
- gefährdet den überaus erfolgreichen Bottom-up-Ansatz durch die Beschneidung der Kompetenzen der Lokalen Aktionsgruppen (LAG).

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen in Deutschland fordert die Bundestagsabgeordneten und die Bundesregierung auf,

1. sich für EU-weite Mindestvorgaben zur Mittelverwendung für LEADER im Rahmen des MFR nach 2027 einzusetzen,
2. die Beibehaltung eines EU-Kofinanzierungssatzes in Höhe von 80% der öffentlichen Ausgaben bei LEADER einzufordern,
3. sicherzustellen, dass LEADER weiterhin ganzheitliche, gebietsbezogene Strategien unterstützt und nicht auf land- und forstwirtschaftliche Einzelmaßnahmen verengt wird,
4. die umfassende Rolle der Lokalen Aktionsgruppen als lokale Entscheidungsgremien mit demokratischer Kultur zu stärken,
5. auf nationaler Ebene LEADER als wichtigen Teil der EU-Förderung im nationalen-regionalen Partnerschaftsplan (NRPP) für Deutschland zu verankern,
6. bei der Erarbeitung des NRPP unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) den von der Kommission geforderten partizipativen Ansatz und eine intensive Einbeziehung aller an der ländlichen Entwicklung beteiligten Partner zu gewährleisten.

LEADER eine Erfolgsgeschichte mit ungewisser Zukunft

In Deutschland wird LEADER fast flächendeckend zur ländlichen Entwicklung umgesetzt. Der Bottom-up-Ansatz ermöglicht es, Lösungen für lokale Herausforderungen gemeinsam mit der Bevölkerung vor Ort zu entwickeln und umzusetzen. Als europäisches Förderprogramm ist LEADER direkt in den Regionen präsent und basiert auf bürgerschaftlich getragenen Beteiligungsstrukturen. Angesichts aktueller Herausforderungen und Krisen gewinnt LEADER weiter an Bedeutung.

Der Kommissionsvorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) nach 2027

- sieht eine Auflösung der bisher bekannten Fondsstruktur in der EU-Förderung mit dem Ziel der Vereinfachung vor,
- stärkt die Entscheidungshoheit der nationalen Ebene durch Einführung der Nationalen Regionalen Partnerschaftspläne (NRPP) und stellt damit gemeinsame Europäische Ziele in den Hintergrund,
- enthält auch mit der zwischenzeitlich vorgeschlagenen Ergänzung eines „Rural Target“ im NRPP keine verbindliche finanzielle Aussage zur sektorübergreifenden ländlichen Entwicklung und LEADER,
- erschwert mit der Verortung von LEADER/CLLD im NRPP und zugleich als Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik die Umsetzung von LEADER statt sie zu vereinfachen,
- lässt die besondere Bedeutung der ländlichen Räume unerwähnt,
- schlägt die Absenkung der EU-Beteiligung an der Förderung auf 40% vor und gefährdet dadurch die Fortführung der Arbeit mit dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse,
- gefährdet den überaus erfolgreichen Bottom-up-Ansatz durch die Beschneidung der Kompetenzen der Lokalen Aktionsgruppen (LAG).

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen in Deutschland fordert die Bundestagsabgeordneten und die Bundesregierung auf,

1. sich für EU-weite Mindestvorgaben zur Mittelverwendung für LEADER im Rahmen des MFR nach 2027 einzusetzen,
2. die Beibehaltung eines EU-Kofinanzierungssatzes in Höhe von 80% der öffentlichen Ausgaben bei LEADER einzufordern,
3. sicherzustellen, dass LEADER weiterhin ganzheitliche, gebietsbezogene Strategien unterstützt und nicht auf land- und forstwirtschaftliche Einzelmaßnahmen verengt wird,
4. die umfassende Rolle der Lokalen Aktionsgruppen als lokale Entscheidungsgremien mit demokratischer Kultur zu stärken,
5. auf nationaler Ebene LEADER als wichtigen Teil der EU-Förderung im nationalen-regionalen Partnerschaftsplan (NRPP) für Deutschland zu verankern,
6. bei der Erarbeitung des NRPP unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) den von der Kommission geforderten partizipativen Ansatz und eine intensive Einbeziehung aller an der ländlichen Entwicklung beteiligten Partner zu gewährleisten.